



#dieschmidt

der newsletter

22.03.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

meine Sitzungswoche begann am Montag entschlossen und gutgelaunt auf der Kundgebung des DGB am Brandenburger Tor. Der Anlass war der **Equal Pay Day** - ein Symbol für die geschlechtsspezifische Lohnlücke. Das statistische Bundesamt berechnet jährlich, wie lange Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen im Schnitt umsonst arbeiten. Dieses Jahr hat der Equal Pay Day am 18. März stattgefunden. **Das bedeutet, dass Frauen im Schnitt ganze 77 Tage ohne Lohn gearbeitet haben.** Das kann nicht sein! Deswegen setzen wir uns als SPD auch weiterhin für echte Lohngerechtigkeit ein!



An dieser Stelle auch nochmal einen herzlichen Dank an Thorsten Schäfer-Gümbel. Er wird uns fehlen!

Wir sind vor knapp über einem Jahr in die Regierung eingetreten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und dafür zu sorgen, dass Leistung gerecht belohnt wird. **Die Union will Steuern für die oberen zehn Prozent der Einkommen senken.** Wir treten für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ein. Darauf bin ich gestern in meiner Rede im Bundestag eingegangen. Wir haben schon viele Verbesserungen erreicht. Doch wir wollen noch mehr. **Schritt für Schritt machen wir das Leben leichter.** Dazu gehört auch das gestern verabschiedete **Starke-Familien-Gesetz.** Damit unterstützen wir Familien mit kleinen Einkommen und schaffen verbesserte Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe für ihre Kinder. Wir erhöhen den Kinderzuschlag und erweitern den Zugang. In Zukunft können viele Familien Kinderzuschlag erhalten. Anders als bisher können Familien nun entscheiden, ob sie lieber Kinderzuschlag oder Sozialhilfe erhalten. Ein Erfolg, denn wer für sich selbst sorgen kann, der sollte nicht zum Sozialamt müssen. [...weiterlesen](#)

Auch nach den neuesten Entwicklungen im Brexit, ist für uns klar: **Es muss Schluss mit dem Taktieren Großbritanniens sein.** Das Aufschieben und Verzögern des Austritts aus der EU löst nicht die Probleme, die der Brexit mit sich bringt. Verantwortungsvolle Politik muss die Situation aktiv gestalten.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für anständige Arbeitsbedingungen

In der Paketbranche



Immer mehr Menschen bestellen Waren online. Das ist OK, aber der Preiskampf der Lieferunternehmen wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Deswegen nehmen wir die Unternehmen nun in die Pflicht und weiten die sogenannte „Nachunternehmerhaftung“ aus - wie bereits erfolgreich in der Baubranche und der Fleischwirtschaft umgesetzt. Anders als bisher, sind dann die beauftragenden Unternehmen dafür verantwortlich, dass anständige Arbeitsbedingungen herrschen und Sozialabgaben korrekt gezahlt werden. Mehr dazu in der Resolution, die der Parteivorstand der SPD am Montag

verabschiedet hat.

Bundeswehrmandate verlängert

Afghanistan, Sudan, Südsudan und im Mittelmeer



Bevor deutsche Truppen im Ausland stationiert werden können, muss der Deutsche Bundestag dem zustimmen. Laut Grundgesetz hat das Parlament die Budgethoheit und damit auch die Kontrolle über die Streitkräfte, damit ist die Bundeswehr eine sogenannte Parlamentsarmee. Besonders deutlich wird diese besondere Kontrollfunktion des Parlamentes bei den Auslandseinsätzen. Inwieweit und in welcher Form der Bundestag einem bewaffneten Auslandseinsatz zustimmen muss, regelt seit 2005 das Parlamentsbeteiligungsgesetz. Die Zustimmung zu einem solchen Einsatz ist grundsätzlich auf zwölf Monate begrenzt. Daher

mussten wir in dieser Woche über die Verlängerung der vier Mandate Resolute Support, Sea Guardian, UNMISS und UNAMID abstimmen. ...weiterlesen

Mehr Schutz

Für Whistleblower



Mit dem gestern verabschiedeten Gesetz schaffen wir erstmals einen rechtlichen Schutz für Whistleblower. Gleichzeitig schützen wir auch berechtigte Geschäftsgeheimnisse. Denn diese stellen oft einen erheblichen Wert für Unternehmen dar. Wir haben gestern klargestellt, dass diejenigen, die ein begründetes Interesse am Schutz ihrer Geheimnisse haben, diese auch weiterhin und besser schützen können. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass diejenigen, die kriminelle Machenschaften aufdecken – wie z.B. bei den Lebensmittelskandalen der Vergangenheit – besser geschützt werden.

ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.



HEUTE IM FOKUS: Das Recht auf mobiles Arbeiten & HomeOffice.

Arbeit muss zum Leben passen. Immer mehr Menschen wünschen sich aus den unterschiedlichsten Gründen mehr Souveränität über ihre Zeit. Einige Unternehmen, gehen hier voran: Für sie ist „New Work“ gelebte Realität. Sie haben Regelungen für mobiles Arbeiten oder Homeoffice gefunden, die im Einklang mit Gesundheitsschutz und Vereinbarkeiten von Familie, Beruf und Freizeit stehen. Sie werden wir unterstützen. Wir werden ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice gesetzlich verankern, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den digitalen Vorteilen profitieren können.